



Vorwärts, zur Wahl!

Am 28. März wählt Israel ein neues Parlament. Es ist das 17. in seiner Geschichte. Nach einer Umfrage von Mitte März ist noch jeder achte Wähler unschlüssig, für welche Partei er bei den vorgezogenen Neuwahlen votieren soll. Die israelische Parteienlandschaft präsentiert sich nämlich stark verändert.

Ministerpräsident Ariel Sharon hat nach internen Streitigkeiten über die Abkopplung vom Gaza-Streifen und von Siedlungen im Westjordanland seine bisherige Partei verlassen und mit Kadima (hebräisch: vorwärts) eine neue Kraft der Mitte gegründet. Auch Friedensnobelpreisträger Shimon Peres hat sich dieser neuen Partei

angeschlossen nachdem er bei den internen Wahlen über den Vorsitz der Arbeitspartei unterlegen war.

In den ersten Umfragen nach der Entscheidung für eine Neuwahl wurde der Kadima zunächst ein Sieg prognostiziert: Von 44 bis 45 der insgesamt 120 Knesset-Sitze war zeitweise die Rede. Mittlerweile fällt der Vorsprung etwas moderater aus. Seit dem Sharon im Koma liegt und nach dem Sieg der islamistischen Hamas in den palästinensischen Gebieten steigen die Aussichten der rechten Parteien.

Neben der Kadima gibt es auch weitere neue Parteien und Listenverbindungen.

So ist die liberale Shinui-Partei, die zwischenzeitlich auch mit Sharon koalierte, mittlerweile zerfallen - und tritt jetzt unter verschiedenen Namen an. Im religiösen Spektrum treten dagegen zwei Parteien in einer Listenverbindung an.

Israel wählt also nicht nur ein neues Parlament, sondern sieht sich auch mit einer stark veränderten Parteienlandschaft konfrontiert. Es wird damit gerechnet, dass Kadima und die Arbeitspartei wahrscheinlich mit einem dritten Partner eine Koalition bilden werden. Die Neuwahlen waren nötig geworden, weil die Arbeitspartei das Bündnis mit Sharon aufgekündigt hatte.

	01.Dez 05	19.Jan 06	16.Feb 06	10.Mär 06
Kadima	39	43	41	35
Awoda-Meimad	26	21	20	18
Likud	11	12	15	18
Ichud Leumi-Mafdal	9	8	8	9
Shas	8	9	10	10
Yisrael Beteinu	3	6	7	10
Yehaduth HaTorah	5	6	5	6
Meretz	5	5	5	5
Arabische Parteien	8	8	8	9
Shinui	6	2	0	0

Entwicklung
der Umfrage-
Ergebnisse
(umgerechnet
in Knesset-
Mandate)

Israels Parteien im Überblick

Kadima

Die Partei Kadima (hebräisch: vorwärts) existiert seit November 2005. Minister-



präsident Ariel Sharon verließ seine bisherige Partei Likud, in der interne Kritik an seiner Abkopplungspolitik laut geworden war. Entsprechend gilt Kadima in der öffentlichen Wahrnehmung hauptsächlich als „Sharons Partei“. Der kritische Gesundheitszustand von Sharon hat daran nichts geändert.

Der amtierende Ministerpräsident Ehud Olmert ist zwar zum Spitzenkandidaten gekürt worden, doch steht die Partei vor allem für das Erbe Sharons, d.h. für klar definierte Grenzen zu den Palästinensergebieten bei gleichzeitigem Schutz vor Terroranschlägen.

Entsprechend äußert sich Kadima vorrangig zu außenpolitischen Themen: Es soll ein palästinensischer Staat entstehen, der allerdings die verschiedenen palästinensischen Terrorgruppen entwerfen und auflösen müsse. Ist mit der palästinensischen Seite keine politische Einigung möglich, wird es weiter zu unilateralen Schritten kommen.

Innenpolitisch will Kadima den jüdischen Charakter Israels stärken und die Kluft zwischen Religiösen und Nicht-Religiösen überbrücken. In strukturschwache Regionen soll besonders investiert werden. Oft wird der Kadima vorgeworfen, sich im Wahlkampf nur wenig konkret zu äußern, um möglichst wenige Wähler zu verprellen.

Neben dem amtierenden Ministerpräsident Olmert sind Außenministerin Tzipi Livni, Verteidigungsminister Shaul Mofas, Friedensnobelpreisträger Shimon Peres und Avi Dichter, früher Chef des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet, bekannte Vertreter der Kadima.

Awoda-Meimad

Als sozialdemokratischer Block hat die Awoda (hebräisch: Arbeit) die Geschich-



te Israels entscheidend geprägt. Und das bereits vor der Staatsgründung: Zu den Wahlen für den Jüdischen Selbstverwaltungsrat, den Jischuw, 1930 trat ein Vorläufer der Awoda an. Bis 1977 kamen alle Regierungschefs aus der Awoda bzw. den Vorläuferparteien, so auch Israels erster Ministerpräsident David Ben Gurion. Den Namen Awoda benutzen die Sozialdemokraten seit 1968, damals

schlossen sich drei Arbeiterparteien zu einem Block zusammen. Seit 1999 tritt die Arbeitspartei in einer gemeinsamen Liste mit der orthodoxen Partei Meimad an. Als „Bewegung der religiösen Mitte“ gegründet, ist sich die orthodoxe Meimad mit den Sozialdemokraten einig, dass möglichst eine Verhandlungslösung mit den Palästinensern erzielt werden soll.

Für die Awoda ist zugleich klar, dass Israel weiterhin einseitige Schritte zum Schutz vor Terror und zur Abkopplung von den palästinensischen Gebieten unternehmen muss, wenn sich keine Verhandlungslösung abzeichnet. Seitdem Amir Peretz im November letzten Jahres zum Parteichef gewählt wurde, betont die Partei verstärkt soziale Aspekte: Die Arbeitslosigkeit soll eingedämmt, der Mindestlohn erhöht, das Bildungssystem reformiert werden. Die Arbeitspartei will die Unterschiede beim Einkommen, der Bildung und Wohnqualität verringern und den Ausbau von Kleinunternehmen subventionieren.

Die Wahl von Peretz gilt als gesellschaftliches Signal: Erstmals steht damit ein aus den arabischen Ländern stammender jüdischer Israeli an der Spitze einer großen Partei. Wegen seiner Nähe zu den Gewerkschaften gilt Peretz als unbeliebt und korrupt. Nach seiner Wahl zum Parteichef war die Awoda aus der Regierungskoalition ausgetreten. Peretz Gegenkandidat, der Friedensnobelpreisträger Shimon Peres, hatte sich danach der Kadima angeschlossen.

Likud

Der Likud (hebräisch: Zusammenschluss) entstand 1973. In dem Block gingen



fünf bürgerliche Parteien auf, die mit dem Zusammenschluss ein Gegengewicht zur Arbeitspartei schaffen wollten. Vorläufer der Partei bildeten seit der Staatsgründung stets die größte Oppositionsfraktion im israelischen Parlament, bis sie sich 1967 und 1969 unter der Führung von Menachem Begin als Koalitionspartner der Arbeitspartei an der Regierung beteiligten. Nach dem Zusammenschluss wurde Begin 1977 der erste konservative Ministerpräsident des Landes.

Nach der konsequenten Abkopplungspolitik von Ministerpräsident Ariel Sharon kam es zu heftigen Auseinandersetzungen im Likud. Vor allem der frühere Ministerpräsident Benjamin Netanjahu

kritisierte die Politik Sharons. Nach dem Austritt Sharons ist nun Netanjahu Parteichef.

Der Likud lehnt die Gründung eines palästinensischen Staates ab - zumindest westlich des Jordans. Stattdessen wollen die Konservativen eine Selbstverwaltung in den palästinensischen Gebieten. Die Aufgabe von jüdischen Siedlungen, soll nicht weiter verfolgt werden. Vielmehr sollen die Siedlungen in Ostjerusalem und auf dem Golan noch ausgebaut werden. Ansonsten ist das Likud-Programm vor allem durch Wirtschaftspolitik gekennzeichnet. Verstärkte Privatisierung, mehr Wettbewerb, eine umfassende Steuerreform und die Investition in Entwicklungstechnologien stehen auf der Agenda. Zugleich wollen die Konservativen die Arbeitslosigkeit durch Subventionen verringern. Schließlich wird der Likud traditionell von eher ärmeren Bevölkerungsgruppen gewählt.

Im Wahlkampf präsentiert sich der Likud aber vor allem mit dem Slogan „Stark gegen die Hamas“ Neben Parteichef Netanjahu ist Silvan Shalom einer der prominentesten Vertreter des Likud. Er war bis Januar Außenminister der Sharon-Regierung.

Jichud Leumi-Mafdal

Die Nationale Union (Jichud Leumi) und die Nationalreligiöse Partei treten als



Listenverbindung an. Sie verstehen sich als Zionisten mit religiöser Ausrichtung. Die gemeinsame Liste wendet sich vor allem gegen die Abkopplungspolitik von Ministerpräsident Ariel Sharon. Die Nationale Union zieht beispielsweise mit dem Slogan „Jetzt Orange“ in den Wahlkampf. Orange ist die Farbe jener Bewegung, die sich gegen die Aufgabe von jüdischen Siedlungen wendet.

Allerdings scheint zumindest die Nationalreligiöse Partei Mafdal hier zu geringen Konzessionen bereit. Parteichef Zevulun Orlev zeigte sich in einem Interview durchaus geneigt, auch die ein oder andere Siedlung im Austausch für Frieden zurückzubauen. Dagegen will die Nationale Union „ganz Judäa und Samaria“ bei Israel belassen wissen.

Davon abgesehen gibt es wenig Programmatisches von den beiden Parteien. In den gemeinsamen Eckpunkten wird die Stärkung von Religion und Zionismus im Erziehungswesen und in der gesamten israelischen Gesellschaft

betont. Neben Orlev gilt Benny Elon, Vorsitzender der Nationalen Union, als prominenter Vertreter der gemeinsamen Liste.

Shas

Shas ist die Partei der religiösen sephardischen Juden. Sie betont in ihrem Programm vor allem religiöse und soziale Aspekte. So fordert sie Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Anreize für Arbeitgeber und die Unterstützung von Frauen sowie Hilfsbedürftigen. Das israelische Erziehungswesen soll sich vor allem an der jüdischen Tradition orientieren. Zu aktuellen politischen Fragen nimmt die Partei meist nur Stellung, indem sie die Halacha, das religiöse jüdische Gesetz, konsultiert. Rabbiner Owadia Josef bestimmt demnach meist die offizielle Position der Shas, weil er die Anwendung der Halacha definiert. Nach seiner Auffassung ist eine territoriale Konzession beispielsweise nur zulässig, wenn sie jemanden aus der Lebensgefahr rettet oder mit einer Gegenleistung verbunden ist.

Auch der Zionismus wird von der Partei aus religiösen Gründen abgelehnt. Die Partei wird von Eli Jishai angeführt, der im Wahlkampf mehrmals einen prominenten Neuzugang angekündigt hat. Bisher ist er diesen Überraschungskandidaten aber schuldig geblieben.

Yisrael Beitenu

Mit einem teilweise russischen Slogan in den Wahlkampf ziehend, gilt Yisrael Beitenu (hebräisch: unser Haus Israel) als eher populistisch. Mit den Palästinensern will die Partei eine außergewöhnliche Verhandlungslösung erreichen: Basierend auf dem UN-Teilungsplan von 1948 sollen Israel und die Palästinenser Gebiete untereinander austauschen. Überwiegend arabisch bewohnte Gegenden Israels könnten so gegen jüdische Siedlungen im Westjordanland eingetauscht werden. Die Grenze zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten soll vorzugsweise offen sein, wie offen ist von der Sicherheitslage Israels abhängig. Innenpolitisch setzt die Partei von Avigdor Lieberman geführte Partei auf die öffentliche Sicherheit und will sich so gegenüber Kadima und Likud behaupten. „Wer wird die zunehmende Kriminalität



auf den Straßen bekämpfen? Olmert, Netanjahu, Lieberman?“, fragt die Partei im Wahlkampf. Um dann selbst zu antworten: „Njet, njet, da“ (russisch: nein, nein, ja). Die Partei wird überwiegend von Neueinwanderern aus der früheren Sowjetunion gewählt und gilt als Protest-Partei. Neben Lieberman sind der ehemalige Chef des Inlandsgeheimdienst Shin Bet, Jisrael Hason und die Majorin a.D. Estherina Tartmann prominente Kandidaten der Partei.

Arabische Parteien

Oft schon haben die Parteien der arabischen Israelis den Versuch unternommen, sich zu vereinigen. Es blieb stets beim Versuch. Und so treten sie auch diesmal wieder einzeln an: „Die Arabische Nationale Partei unter der Führung von von Mohammad Kna'an“, die Chadash (hebräisch: neu) und die Balad-Partei (arabisch: Land). Letztere sorgte 2003 für Aufmerksamkeit, weil Generalstaatsanwalt Eljakim Rubinstein ihren Ausschluss von den Wahlen erwirken wollte. Der Parteivorsitzende Azmi Bishara hatte sich zuvor mit Hamas-Vertretern getroffen und erklärt, er werde den Kampf gegen Israel fördern und unterstütze die Ziele der islamistischen Terrororganisation. Neben der Balad hat auch die Arabische Nationale Partei eine deutlich islamische Ausrichtung. Die Chadash ist die einzige der arabischen Parteien, die für ein modernes Frauenbild steht, sie findet verhaltene Zustimmung bei Israelis aus dem linksradikalen Spektrum.



Meretz-Yachad

Die Geschichte der Meretz (hebräisch: Tatkraft) ist eng verbunden mit der israelischen Staatsgründung. Bereits 1920 gründete sich ein Vorläufer der Partei und engagierte sich als linkszionistische Kraft für soziale Gerechtigkeit. Meretz entstand als Bündnis aus Protest gegen die große Koalition aus Likud und Arbeitspartei. Ein Flügel der Arbeitspartei schloss sich 1992 mit einer Bürgerrechtsbewegung zur Meretz zusammen, auch die liberale Shinui-Partei war zeitweise mit von der Partei. Die Partei möchte einen umfassenden Friedensprozess. Dabei soll Israel in den Grenzen von 1967 bestehen, mit geringen territorialen Veränderungen.



Auch mit Syrien und dem Libanon soll ein Friedensvertrag ausgehandelt werden. Soziale Gerechtigkeit und Stärkung der Bürgerrechte stehen auf der innenpolitischen Agenda der Partei. So soll der Wohlfahrtsstaat vor allem die Arbeiter unterstützen, ihnen bessere Bildungsmöglichkeiten bieten und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie Juden und Arabern aktiv fördern. Kibbuzim sollen finanziell gefördert und die zivile Ehe eingeführt werden.

Nach einem Achtungserfolg 1992 hat die Partei beständig an Zuspruch verloren. Durch die stärker sozial ausgerichtete Agenda der Awoda und weil der Parteivorsitzende Jossi Beilin als „elitär und kapitalistisch“ gilt, werden der Partei wenig Chancen eingeräumt, breite Wählerschichten anzusprechen.

Jehaduth HaTorah

Als Zusammenschluss der ashkenasisch-orthodoxen Juden beschäftigt sich Jehaduth HaTorah (hebräisch: Vereinigtes Tora-Judentum) hauptsächlich mit den Themen Religion und Erziehung. Die Listenverbindung aus Degel HaTorah und Agudat Jisrael unter der Führung von Jakov Litzmann lehnt den Zionismus aus religiösen Gründen ab und hat nur geringen Einfluss. Ihre Stimmzahl steigt langsam aber stetig. Das ist vor allem durch die Bevölkerungsentwicklung ihrer Zielgruppe, der ashkenasisch-orthodoxen Juden, bestimmt.



Shinui

Die liberale Partei Shinui (hebräisch: Veränderung) ist de facto bedeutungslos. Nachdem sie sich aus dem Meretz-Bündnis verabschiedet hatte, zog die Shinui bei den letzten Wahlen mit 15 Abgeordneten in die Knesset ein. Personalquerelen führten im Dezember 2005 zum Bruch. Von den 15 Abgeordneten zählen sich nur noch drei zur Shinui, zwei sind zum Likud gewechselt, einer zu Yisrael Beitenu, neun Abgeordnete gehören zur neu gegründeten Partei „Chetz - die Nicht-Religiösen unter der Führung von Avraham Poraz“. Shinui hatte sich in erster Linie durch wirtschaftsliberale und anti-religiöse Positionen ausgezeichnet. Es gilt als unwahrscheinlich, dass die Partei erneut in die Knesset einzieht.



Das Wahlsystem Israels

Das israelische Wahlsystem folgt der demokratischen Tradition des Jischuw, der jüdischen Selbstverwaltung zur Mandatszeit Großbritanniens. Die Wahlen zur Knesset (hebräisch: Versammlung) sind landesweite, direkte, gleiche und geheime Wahlen. Die Sitzverteilung in dem Einkammern-Parlament wird nach dem Proporz-System vergeben.

Der Wahltag ist ein Feiertag, um allen Israelis den Gang zur Urne zu ermöglichen. Für Soldaten, Gefängnis-Insassen und Leute im Krankenhaus gibt es spezielle Wahllokale. Dafür ist keine Briefwahl möglich. Israelis, die sich am Wahltag im Ausland aufhalten, können nicht partizipieren, ausgenommen Marinesoldaten, Diplomaten oder Konsulatsangestellte, die sich aufgrund ihres Berufs im Ausland aufhalten.

Es werden nur Parteien gewählt. Die zwischenzeitlich eingeführte

direkte Wahl des Ministerpräsidenten wurde 2001 wieder abgeschafft, nur drei Ministerpräsidenten (Ehud Barak, Benjamin Netanjahu und Ariel Sharon) wurde auf diese Art und Weise bestimmt. Nun beauftragt der Staatspräsident einen Knessetabgeordneten, eine regierungsfähige Koalition zustande zu bringen. Gelingt ihm dies nicht, beauftragt der Präsident einen anderen Abgeordneten. Bisher basierten alle israelischen Regierungen auf Koalitionen, weil es noch keiner Partei gelang, eine absolute Mehrheit in der Knesset zu erlangen.

Mit dem Parteiengesetz von 1992 ist es nur noch Parteien, Listenverbindungen von mehreren Parteien oder dem Zusammenschluss einer Partei mit anders organisierten Gruppen erlaubt, für die Wahlen zu kandidieren. Nicht zugelassen werden Parteien, die Israels Existenz als jüdischer Staat oder die Staatsform der Demokratie

in Frage stellen, rassistische Positionen vertreten, kriegerische Handlungen fremder Staaten oder terroristische Gruppen gegen Israel unterstützen. Vor 1992 galten ähnliche Regelungen der israelischen Verfassung. Der Ausschluss von der Wahl wurde jedoch erst einmal in der Geschichte Israels angewendet: gegen die jüdische Kach-Partei, die sich rassistisch gegen arabische Israelis geäußert hatte.

Bei der Wahl am 28. März 2006 gilt eine zwei Prozent-Klausel. Bis 1992 reichte ein Anteil von ein Prozent, danach von 1,5 Prozent. Hohen öffentlichen Mandatsträgern ist es übrigens nicht erlaubt für die Knesset zu kandidieren: Das betrifft den Staatspräsidenten, die Oberrabbiner, den Armee-Oberbefehlshaber, zivile und religiöse Richter sowie hohe zivile und religiöse Staatsangestellte. Durch einen rechtzeitigen Rücktritt von ihrem Amt erhalten sie das passive Wahlrecht zurück.

Wahlen nach Zahlen

5 014 622 Israelis sind berechtigt, am 28. März 2006 ihre Stimme abzugeben.

120 Sitze in der Jerusalemer Knesset werden nach Verhältniswahlprinzip vergeben.

100 Tage vor der Wahl muss ein hoher Mandatsträger von seinem Amt zurücktreten, damit er kandidieren darf.

61 Abgeordnete bilden die absolute Mehrheit, die zur Regierungsbildung notwendig ist.

57 Jahre ist es her, dass Israels erstmal über die Zusammensetzung der Knesset entschied.

31 Parteien und Listenverbindungen haben sich für die Wahlen eintragen lassen.

28 Tage hat ein vom Präsident ernannter Abgeordneter Zeit, eine tragfähige Koalition zu bilden.

21 Jahre sind das Mindestalter für das passive Wahlrecht.

18 Jahre muss ein Israeli sein, um das aktive Wahlrecht wahrnehmen zu können.

16 mal haben die Israelis bereits über die Zusammensetzung der Knesset entschieden.

8 mal wurde die Knesset bereits vorzeitig aufgelöst.

4 Jahre dauert eine Legislaturperiode im Regelfall.

2 Prozent der Wählerstimmen muss eine Partei mindestens erzielen, um in die 17. Knesset einzuziehen.

1 einzige Stimme hat jeder Wahlberechtigte, eine Direktwahl des Ministerpräsidenten gibt es nicht mehr.

WWW.YADACHAT.DE

MAIL@YADACHAT.DE

POSTBOXNO.360350

10973 BERLIN, GERMANY

TEL +49.30.61289762

YAD ACHAT יד אCHAT
KNOWLEDGE ON EXCHANGE